

## Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir erleben hier die Geburtsstunde einer neuen Partei, der Alternative für Deutschland. Einer Partei, die aus der Mitte der Gesellschaft kommt. In den vergangenen Wochen haben wir eine enorme Welle der Unterstützung, des Enthusiasmus und des Engagements erlebt. Dieser aus allen Nähten platzende Parteitag ist sichtbarer Ausdruck dafür. Dieser Saal fasst 1300 Menschen und doch haben wir rd. 400 Mitgliedern, die sich erst nach dem Stichtag angemeldet haben, absagen müssen.

Wir erleben die Geburtsstunde einer neuen Partei. Aus allen Reaktionen, aus den Tausenden von E-Mails, den ungezählten Telefonaten, den zahllosen persönlichen Gesprächen in den vergangenen Wochen, spricht zweierlei:

Erstens die Freude, ja die Begeisterung darüber, dass endlich eine neue Kraft sich anschickt, die Zwangsjacke der erstarrten und verbrauchten Altparteien zu sprengen. Zweitens der Zorn, der Ärger über das, was CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne seit gut drei Jahren in Deutschland und Europa mit ihrer heillosen Euro-Rettungspolitik anrichten. Die Menschen freuen sich darüber, dass es eine Alternative zu dieser Politik gibt: Die Alternative für Deutschland.

Meine Damen und Herren, die Geburt einer neuen Partei geht nicht ohne Geburtswehen vonstatten. Alle, die sich aktiv in der Alternative für Deutschland engagieren, sind in den vergangenen Wochen wie von einem Tsunami überrollt und überflutet worden: Von Tausenden von Mitgliedsanträgen, Unterstützungsangeboten, programmatischen, politischen und strategischen Papieren – und von Anfragen von Medienvertretern aus dem In- und Ausland. Manches ist dabei noch unerledigt geblieben, unvollständig beantwortet oder unzureichend kommuniziert worden. Dafür bitten wir um Entschuldigung und um Verständnis. Anders als andere Parteien haben wir noch keinen einzigen hauptberuflichen Mitarbeiter. Niemand von uns ist Berufspolitiker. Bei uns wird alles im ehrenamtlichen Engagement erledigt, neben Beruf und Familie. Viele von uns arbeiten seit Wochen bis zur Erschöpfung in jeder freien Minute für diese Partei.

Meine Damen und Herren, Geburtswehen sind unvermeidlich – aber wenn sie denn vorbei sind, wird man sie auch wieder vergessen. Was bleibt, ist die Erinnerung an diese fantastische Aufbruchstimmung, an das unglaubliche Engagement und die politische Ernsthaftigkeit, mit der wir uns ans Werk begeben. Denn uns alle eint dasselbe Ziel: Wir wollen die eklatanten Verletzungen demokratischer, rechtsstaatlicher und ökonomischer Grundsätze stoppen. Wir wollen Schaden abwenden von der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen das europäische Einigungswerk in der Tradition der großen deutschen Staatsmänner Konrad Adenauer, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher und Helmut Kohl bewahren.

Liebe Freunde, wenn man uns fragt, warum aus der Mitte der Gesellschaft eine neue Partei entsteht, wenn man uns fragt, warum die Zivilgesellschaft gegen die

Regierung aufgekehrt wie einst im Vormärz, wenn man uns fragt, warum so viele Mitbürger die Alternative für Deutschland wie einen politischen Frühlingsboten begrüßen, dann lautet die Antwort: Weil die Zeit jetzt reif ist! Weil die Zeit jetzt reif ist, um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und ökonomischer Vernunft wieder die ihnen gebührende Geltung zu verschaffen!

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen drei Jahren eine erschreckende Degeneration des deutschen Parlamentarismus erlebt. Wir haben in der Eurokrise erlebt, wie die Volksvertreter es widerspruchslos hinnahmen, dass dem Volk gegebene Versprechen gebrochen wurden. Wir haben in der Krise erlebt, wie – von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen – fast alle Bundestagsabgeordneten zu meinungslosen und überforderten Erfüllungsgehilfen der Regierung verkommen sind. Und dies nur weil die Regierung behauptet, zu ihrer Politik gäbe es keine Alternative. Sie ist jetzt da: Die Alternative für Deutschland.

Meine Damen und Herren, wir werden als Anti-Euro-Partei bezeichnet. Und in der Tat ist die Auflösung des Euro-Währungsgebietes in seiner jetzigen Form eine unserer zentralen Forderungen, denn sie entspricht der ökonomischen Vernunft. Aber wir lassen uns nicht auf die Ökonomie reduzieren, denn es ist der Dreiklang von Ökonomie, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, der das Gedeihen von Deutschland – und Europa! sichert. Dieser Dreiklang ist in der Euro-Krise zu einer Katzenmusik verzerrt worden und das Erschreckende daran ist, dass es oft die Bundesregierung war, die am Dirigentenpult stand.

Beginnen wir mit der Rechtsstaatlichkeit: Der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurde auf europäischer Ebene rund 80 mal völlig folgenlos gebrochen. Der frühere

Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Finanzminister Hans Eichel zählten zu den ersten Sündern, als sie vorsätzlich die Grenze für das Haushaltsdefizit verletzen. Seitdem ist der Vertrag das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist.

Ein zentrales Element des Maastricht-Vertrages ist die sogenannte no-bailout-Bestimmung. Ich zitiere dazu ein Versprechen der CDU aus dem Jahr 1999: „Der Maastricht-Vertrag verbietet ausdrücklich, dass die EU oder die anderen EU Partner für die Schulden eines Mitgliedsstaates haften.“ Das bedeutet no bailout. Die Bundesregierung hat diesen elementaren Bestandteil des Vertrages beiseite gewischt als sei er Kindergeschwätz. Statt dessen wurde der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM geschaffen. Dieser ESM ist nichts anderes als der institutionalisierte Rechtsbruch. Er soll genau das tun, was der Maastricht-Vertrag verbietet: Bankrotte Länder mit dem Geld deutscher und anderer europäischer Steuerzahler heraushauen.

Meine Damen und Herren, wie wenig sich die Bundesregierung noch um Recht und Gesetz kümmert, wie verkommen die politischen Sitten inzwischen sind, zeigt die Zypernkrise. Zypern soll 9 Milliarden Euro aus dem ESM bekommen. Der ESM ist noch kein Jahr in Kraft, da setzt sich die Bundesregierung über seine zentralen Regeln ESM hinweg. Denn der ESM darf Staaten nur dann helfen, wenn die Stabilität der Eurozone bedroht ist. Davon kann aber bei einer Pleite Zyperns keine Rede sein, wie selbst die Europäische Zentralbank klar zu erkennen gegeben hat.

Zypern darf keine Hilfen aus dem ESM bekommen, wenn die Bestimmungen des ESM-Vertrages beachtet wurden. Das werden sie nicht und das ist schlimm. Aber schlimmer noch sollte mit den Kleinsparern umgesprungen werden: Die

Bundesregierung stimmte zu, zyprische Kleinsparer teilweise de facto zu enteignen, obwohl europäisches und zypriotisches Recht dies eindeutig verbieten. Wer kann jetzt einer Regierung noch vertrauen, die weder ihr gegebenes Wort hält, noch Recht und Gesetz respektiert? Wer soll an die Kontrolle der Regierung durch einen Bundestag glauben, der jede noch so absurde Wendung der Europapolitik stets gehorsam abnickt?

Meine Damen und Herren, wir reden hier nicht über Lappalien, wir reden nicht über politische Tricks, wir reden hier über das Fundament europäischer und deutscher Rechtsstaatlichkeit. Wir reden hier über Wortbruch bis hin zum politischen Betrug. Und damit reden wir auch über Demokratie, denn Demokratie heißt Volksherrschaft, und der Wille des Volkes ist es, der hier eklatant missachtet wurde.

Glaubt denn irgend jemand, dass wir heute den Euro hätten, wenn die Bundesregierung Ende der neunziger Jahre den deutschen Bürgern offen das gesagt hätte, was sie ihnen heute zumutet? Glaubte jemand, dass das Volk in Kauf genommen hätte, mit Hunderten von Milliarden Euro für die Misswirtschaft in anderen Euro-Ländern haften zu müssen? Glaubte das jemand? Nein, meine Damen und Herren, der Volkswille war eindeutig: Keine Haftung für fremde Schulden! Der Volkswille war eindeutig: Diesen Euro, den Haftungs- und Schuldeneuro, wollte das Volk nicht!

Meine Damen und Herren, Volksherrschaft geht anders. Demokratie geht anders. Einst ist Willy Brandt ausgezogen, um mehr Demokratie zu wagen. Lassen Sie es uns genauso tun! Folgen wir Willy Brandts Vorbild und wagen wir mehr Demokratie in Deutschland! Mit der Alternative für Deutschland!

Als die Bundesregierung den Maastricht-Vertrag und ihr dem Wähler gegebenes Wort brach, wäre es da nicht Zeit für vorgezogene Neuwahlen gewesen? Hätte man sich nicht unverzüglich dem Urteil des Volkes stellen müssen, das man gerade hintergangen hatte?

Hätte man, da man den Volkswillen missachtet hatte, die deutschen Wählerinnen und Wähler nicht fragen müssen: Wollt ihr, dass mit euren Steuern Griechenland finanziert wird? Wollt ihr für ein Land zahlen, in dem Steuerhinterziehung Volkssport und Korruption Gewohnheit ist? Ein Land, in dem milliardenschwere Reeder Steuerfreiheit genießen, und die meisten Arbeitnehmer viel früher in Rente gehen als ihr?

Nein, meine Damen und Herren, das wären die falschen Fragen gewesen. Denn die Griechen kriegen unser Geld ja gar nicht und die Portugiesen und Spanier und Zyprioten kriegen es auch nicht. Sie dürfen allenfalls mal daran riechen, - als ob man vom Bratenduft satt werden könne! Der Braten selbst aber wird den großen Finanzinvestoren serviert.

Richtig hätte man fragen müssen: Amerikanische Hedgefonds, französische Banken, britische Versicherungsgesellschaften, und unser alter Bekannter, die Hypo Real Estate, haben sich verspekuliert. Wollt Ihr Ihnen mit Euren Steuergeldern aus der Patsche helfen? Wollt Ihr das tun für gescheiterte Spekulationen in Griechenland, in Irland, in Portugal, in Spanien, in Zypern und demnächst womöglich auch in Italien und Frankreich?

Müsste man nicht all das und einiges mehr die Bürger fragen, wenn man es mit Demokratie ernst meinte? Müsste man das Volk dann nicht entscheiden lassen, wenn eine wichtige Entscheidung ansteht? Warum überhaupt, meine Damen und

Herren, kann das Volk in vielen Ländern der EU über wichtige Angelegenheiten direkt entscheiden – nur nicht in Deutschland? Auch das will die Alternative für Deutschland ändern. Wir wollen mehr Demokratie wagen, auch mehr direkte Demokratie.

Über Hunderte von Milliarden Euro wird in Deutschland nur noch unter Zeitdruck und im Schweinsgalopp entschieden. Der Bundestag sollte die Regierung kontrollieren – aber wie kann er das, wenn er sich von der Regierung an so kurzer Leine führen lässt, dass er weder bellen noch beißen kann? Die Bundesregierung setzt die Abgeordneten mit angeblicher Alternativlosigkeit unter Druck und das Parlament - schwach wie es ist - spürt. Meine Damen und Herrn Abgeordneten des Deutschen Bundestages, nichts auf der Welt ist ohne Alternative! Auch Sie und Ihre Parteien sind es nicht – und die Alternative zu Ihnen sind wir!

Die Alternative für Deutschland.

Wenn ich nun zu den ökonomischen Aspekten der Euro-Krise komme, dann habe ich das, was man im Fußball ein Heimspiel nennt. Dann fühle ich mich zu Hause, so wie Boris Becker sich in Wimbledon wie in seinem Wohnzimmer fühlte. Wenn Sie jüngst Fernsehen geschaut haben, dann haben Sie gesehen, dass sich Herr Brüderle und Herr Stoiber in meinem Wohnzimmer deutlich unwohler fühlen. Sonst hätten sie ja nicht Zuflucht in der Kiste abgegriffener Tricks des Altkanzlers Schröder gesucht. Und solche Tricks brauchen sie, denn der Euro, meine Damen und Herren, ist der große Schwachpunkt der etablierten Parteien. Es ist ihr großer Schwachpunkt, weil sie nicht die Größe haben, einen großen, einen historischen Fehler zuzugeben.

Dabei war die Idee ja scheinbar einleuchtend. Wir alle wollen die europäische Integration, und wir alle wollen den europäischen Binnenmarkt. Warum also nicht eine gemeinsame Währung für diesen Markt?

Die Antwort, meine Damen und Herren, lautet: Weil der gemeinsame Markt stets in Bewegung ist. Er verändert sich und er verändert sich in den vielen verschiedenen Regionen und Ländern der Eurozone unterschiedlich schnell. Und wenn eine Region dynamisch wächst und immer wettbewerbsfähiger wird, während eine andere Region im guten alten Trott verharrt, dann entstehen Spannungen, die eine gemeinsame Währung nicht ausgleichen kann. Was früher durch Auf- und Abwertungen der jeweiligen Landeswährungen möglich war, geht mit dem Euro nicht mehr: Entspannung zu schaffen.

Die Spannungen in der Eurozone sind seit drei Jahren für jeden augenfällig. Die Deutschen schimpfen über die Griechen, Spanier und Italiener, während die Griechen, Spanier und Italiener Deutschland für alles Übel, das ihnen das Leben verleidet, die Schuld zuschieben. Die Südländer verarmen und ihre Verschuldung steigt. Gleichzeitig verspricht die Bundesregierung ihnen murrend Hunderte von Milliarden Euro in der Hoffnung, dass die deutschen Wähler nicht merken, wer am Ende die Zeche bezahlt.

Seit drei Jahren gibt es die Krise und von Jahr zu Jahr ist sie schlimmer geworden. Von Jahr zu Jahr bewilligen wir höhere Zahlungen, von Jahr zu Jahr steigt die Verschuldung der Südländer, von Jahr zu Jahr kommen mehr Länder in den Sog der Krise. Ein Ausweg ist nicht zu sehen. Die Bundesregierung hat keinen Plan B. Sie gibt Durchhalteparolen aus, an die niemand mehr glaubt. Keine ihrer Vorhersagen ist



eingetreten. Die Krise ist ungelöst und breitet sich ungehindert aus. Dies ist ein komplettes Desaster.

Wie lange soll das so noch weitergehen? Wie lange sollen wir noch die Augen davor verschließen, dass die Euro-Rettung gescheitert ist? Wie lange will diese Regierung, wie lange wollen CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne die Wähler noch täuschen und irreführen?

Meine Damen und Herren, nichts in der Politik ist unumkehrbar. Der Euro schon gar nicht. Er war ein historischer Fehler, aber Fehler können korrigiert werden. Wenn der Euro scheitert, dann scheitert nicht Europa. Wenn der Euro scheitert, dann scheitern Angela Merkel, dann scheitern Wolfgang Schäuble, Rainer Brüderle, Peer Steinbrück, Jürgen Trittin. Wenn der Euro scheitert, dann scheitert diese Regierung, dann scheitern CDU, CSU, SPD, FDP und die Grünen. Na und?

Das Wichtige, meine Damen und Herren, ist, dass Europa nicht am Euro scheitert. Europa zerfällt unter dem Euro in einen verarmenden, stagnierenden Südtel und einen wirtschaftlich erfolgreichen Norden. Unter dem Euro erwachen in Europa alte antideutsche Ressentiments zu neuem Leben. Unter dem Euro scheuen die aufgebrachtten Bürger der südeuropäischen Staaten selbst vor Nazivergleichen nicht zurück, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen. Meine Damen und Herren, das ist nicht, was ich mir unter Europa vorstelle!

Europa, meine Damen und Herren, soll wieder eine Friedensgemeinschaft sein. Europa soll wieder allen seinen Staaten Wohlstand und Wachstum ermöglichen. Europa soll wieder ein Ort sein, wo Menschen sich freundschaftlich und mit

gegenseitigem Respekt begegnen. Dies alles geht mit dem Euro nicht. Tag für Tag entfernen wir uns mehr von diesem Ziel!

Meine Damen und Herren, wir müssen den Euro auflösen, wenn wir wahre Europäer sind. Denn der Euro ist längst gescheitert und jetzt bedroht er Europa. Der Euro war ein Fehler und das Dümme, was wir tun könnten, wäre es, an diesem Fehler in Nibelungentreue bis in die fernste Zukunft festzuhalten.

Meine Damen und Herren, es ist ja nicht so, dass die Welt zusammenbräche, wenn man den Euro aufgäbe. Wer sich noch an den katastrophalen wirtschaftlichen Zustand der DDR erinnert, weiß, dass wir schwierigere Probleme gemeistert haben. Die Rückabwicklung des Euro kann man behutsam und geordnet durchführen. Die Südländer können den Euroraum verlassen, so wie es namhafte Politiker für Zypern, Griechenland und Italien ja auch schon mehr oder weniger offen in den Raum gestellt haben. Das würde die Spannungen in Europa schon einmal erheblich mildern. Das würde diesen Ländern wieder eine wirtschaftliche Perspektive eröffnen. Das würde dort den sozialen Frieden wieder herstellen. Anschließend kann das verbleibende Währungsgebiet aufgelöst werden, in kleine, stabile Währungsverbände oder hin zu nationalen Währungen.

Meine Damen und Herren, ich will Sie nicht mit fachlichen Ausführungen langweilen. Aber Vorschläge zur geordneten Auflösung des Euro gibt es zuhauf und viele davon stammen von hervorragenden und seriösen Fachleuten. All die Publikationen, in denen die Bundesregierung die Alternativlosigkeit des Euro und die Alternativlosigkeit ihrer Politik behauptet, sind nichts als Pamphlete aus der Abteilung „Lügen, ohne rot zu werden!“.

Ich habe jetzt lange über den Euro, über Europa, über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gesprochen. Das sind große Themen unserer Partei und es ist richtig, dass wir sie betonen. Aber es ist nicht richtig, dass manche Kritiker uns vorwerfen, eine Ein-Themen-Partei zu sein. Dafür ist in Deutschland zu viel anderes im Argen.

Die Euro-Krise ist ein Musterbeispiel der Intransparenz. Kein Mensch weiß mehr, welche Lasten er wegen des Euro eines Tages tragen wird – noch versteht er warum. Mit unserem Steuerrecht verhält es sich genauso. Wer versteht denn noch, warum er in welcher Höhe besteuert wird? Es wimmelt von Detailregelungen, Ausnahmetatbeständen und Sondervorschriften, die völlig undurchschaubar sind. Allenfalls ein paar Hoteliers verstehen sie. Seriöse, einfache und gerechte Reformvorschläge wie der von Paul Kirchhof liegen seit langem vor. Aber keine Partei hat sich getraut, unseren intransparenten Steuerdschungel zu lichten und vereinfachen. Auch dafür braucht man uns, die Alternative für Deutschland.

Meine Damen und Herren, die Euro-Rettungspolitik ist völlig unsozial. Es ist unsozial und ungerecht, dass die Kassiererin bei Aldi mit ihren Steuern die Aktionäre von Banken vor Verlusten bewahrt. Und nicht nur die Bankaktionäre, sondern auch die Eigentümer von Hedgefonds, die Zeichner von Investmentfonds und diese Horde von jungen, aalglatten Spekulanten, die mit 30 Jahren schon Millionäre sind, Ja, schläft denn die SPD, die Lordsiegelbewahrerin der sozialen Gerechtigkeit, einen Dornröschenschlaf? Ich kann Ihnen versichern, die Alternative für Deutschland schläft nicht.

Ebenso unsozial sind neuerdings unsere Energiepreise. Denn wir zahlen nun ja nicht mehr einfach die Kosten des Stroms, den wir verbrauchen, sondern auch Subventionen für alle möglichen neuen Technologien. Da gibt es den wohlhabenden Hausbesitzer, der eine Photovoltaikanlage auf seinem Dach installieren will. Die wirft dank staatlicher Subventionen einen netten kleinen Gewinn ab. Ist es sozial, dass unsere Aldi-Kassiererin oder die alleinerziehende Mutter von nebenan diese Rendite mit ihrer überhöhten Stromrechnung finanziert?

Meine Damen und Herren, wenn man schon Subventionen zahlt, dann sollten sie aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden. Dann sinken die Energiepreise, dann wird Strom nicht zum unbezahlbaren Luxusgut, dann werden nicht Arbeitsplätze in der Industrie vernichtet..

Auch für eine vernünftige Energiepolitik braucht man uns, die Alternative für Deutschland.

Die Euro-Rettungspolitik ist nicht nachhaltig. Den Südstaaten werden Schulden aufgebürdet, die sie nie werden tilgen können. Aber genauso wenig ist unser Rentensystem nachhaltig finanziert. Nur eins ist sicher, meine Damen und Herren, die Rente ist nicht sicher! Wir haben ein massives demographisches Problem, das ist sicher, aber die Rente ist es nicht.

Die Regierung hat deshalb vor Jahren die Riester-Rente erfunden. Da sollen Arbeitnehmer sparen, auf Zinsen hoffen und so für ihr Alter privat vorsorgen. Jetzt aber, durch die Euro-Krise, sind die Zinsen auf einem Rekordtief, sie gleichen nicht mal die Inflation aus. Ihr Geld wird immer weniger, das ist sicher! Wer seine Rente

sichern will, der muss die Eurokrise beenden, damit man auf Ersparnisse wieder Zinsen kriegt! Dafür brauchen wir die Alternative für Deutschland!

Meine Damen und Herren, Euro, direkte Demokratie, Steuern, Energiepolitik, Rente, das sind wichtige Politikfelder. Das sind Politikfelder, in denen es gravierende Missstände gibt. Das sind Politikfelder in denen die etablierten Parteien versagt haben und Antworten schuldig bleiben. Antworten, die die Alternative für Deutschland gibt.

Meine Damen und Herren, die Alternative für Deutschland ist eine Partei neuen Typs. Sie ist weder links noch rechts. Warum sollten wir auch? Als Alternative für Deutschland brauchen wir keine ideologischen Wegweiser, wir brauchen nur unseren gesunden Menschenverstand. Demokratie, Transparenz, Sparsamkeit, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung sind Richtschnur unseres politischen Handelns. Jeder vernünftige Mensch teilt diese Ziele, egal ob er früher SPD oder FDP, die Union oder die Grünen gewählt hat.

In der Eurokrise haben die Altparteien alles vernachlässigt, was uns wichtig ist: Demokratie, Transparenz, Sparsamkeit, Nachhaltigkeit und soziale Verantwortung. In vielen anderen Politikfeldern sehen wir dieselben Defizite. Das definiert unsere politische Agenda. Das wird uns später in unserer programmatischen Diskussion leiten. Indem wir uns an selbstverständlichen, allgemein akzeptierten Prinzipien orientieren, werden wir eine Alternative, werden wir die Alternative für Deutschland.

Meine Damen und Herren, viele politische Themen warten auf uns. Wir sind alles andere als eine Ein-Themen-Partei. Aber eines ist auch klar, und deshalb steht

dieses Thema bei uns eindeutig im Vordergrund: Wenn es nicht gelingt, die Eurokrise endlich unter Kontrolle zu bringen und zu lösen, wenn es nicht gelingt, die Bundesregierung und die Einheitsfront der sie tragenden Parteien endlich zu stoppen, wenn es nicht gelingt, in Deutschland der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Verantwortung zum Durchbruch zu verhelfen, dann, meine Damen und Herren, müssen wir über die anderen Themen gar nicht mehr reden.

Deshalb lassen Sie uns auf diesem Parteitag ein überzeugendes Signal setzen: Hier kommt eine neue Partei! Hier kommt eine neue Partei aus der Mitte der Gesellschaft, die einig und stark ist. Eine Partei, die geschlossen für ihre Ziele kämpft, für Demokratie und Rechtsstaat und ein friedliches, wirtschaftlich erfolgreiches Europa! Lassen Sie uns ein Signal setzen, dass wir, die Alternative für Deutschland, für Deutschland eine Alternative sind!